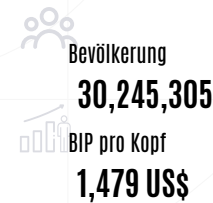
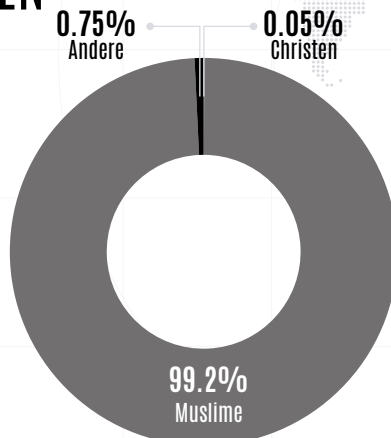




# JEMEN

## RELIGIONEN



## DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Artikel 1 der Verfassung von 1994<sup>1</sup> bezeichnet den Jemen als einen unabhängigen arabischen Staat und Artikel 2 erklärt den Islam zur Staatsreligion. Gemäß Artikel 3 ist die „islamische Scharia die Quelle jeglicher Gesetzgebung“. Artikel 42 sieht den Schutz der Gedankenfreiheit „innerhalb der Grenzen des Gesetzes“ vor. Auch die staatliche Anerkennung der internationalen Menschenrechtsnormen ist in der Verfassung verankert.

Die Religionsfreiheit ist jedoch weder durch die Verfassung noch durch weitere Gesetze geschützt. Das Missionieren ist ebenso verboten wie das Konvertieren vom Islam zu einem anderen Glauben. Zudem ist es untersagt, eine Religion zu verunglimpfen.<sup>2</sup> Für die Errichtung von Neubauten ist im Allgemeinen eine behördliche Genehmigung erforderlich, was auch für den Bau von Gebetsstätten gilt, auch wenn diese nicht ausdrücklich im Gesetz erwähnt werden.<sup>3</sup>

Islamischer Religionsunterricht ist an staatlichen Schulen vorgeschrieben, wobei für sunnitische und schiitische Schüler derselbe Lehrplan vorgesehen ist. Die in den von

den Huthis kontrollierten Gebieten verwendeten Schulbücher lassen darauf schließen, dass dort nach zaiditischen Grundsätzen gelehrt wird. Andere Formen von Religionsunterricht finden an staatlichen Schulen nicht statt. Auch an Privatschulen gilt für sunnitische und schiitische Schüler derselbe Lehrplan.<sup>4</sup>

Gewisse Einschränkungen von religiösen Praktiken und Predigten von Nichtsunniten wurden aufgehoben. So dürfen beispielsweise die schiitischen Feiertage Aschura und Ghadir wieder öffentlich begangen werden. In der Vergangenheit war es an schiitischen Feiertagen gelegentlich zu Auseinandersetzungen mit sunnitischen Gruppen gekommen.<sup>5</sup>

Seit der Vereinigung von Nord- und Südjemen im Jahr 1990 fanden drei Parlamentswahlen statt, die letzte im Jahr 2003.<sup>6</sup> Die für 2009 vorgesehenen Wahlen wurden wegen eines Rechtsstreits bezüglich einer Wahlrechtsreform abgesagt. 2012 trat Präsident Ali Abdullah Saleh von seinem Amt zurück. Ihm folgte Abd Rabbuh Mansur Hadi, der für eine zweijährige Übergangszeit an die Spitze der nationalen Einheitsregierung gewählt wurde. Diese Lösung war jedoch nur von kurzer Dauer, weil schiitische Huthi-Rebellen aus dem ehemaligen Nordjemen mit Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Saleh 2014

mit Waffengewalt gegen die Regierung vorgehen. Hadi trat im Januar 2015 zurück und floh nach Aden. Daraufhin nahmen die Rebellen die Hauptstadt Sanaa und den Präsidentenpalast ein.<sup>7</sup>

In den letzten Jahren versank das ärmste Land der arabischen Halbinsel in einem Bürgerkrieg, in den Schiiten, Sunniten, Dschihadisten und Stammesgruppen verwickelt sind.

Im März 2015 griff eine von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition in den Konflikt ein,<sup>8</sup> um die Huthi-Rebellen zu stoppen. Trotz mehrerer Waffenstillstandsvereinbarungen dauern die Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und anderen Gruppen weiter an. Im Juni 2015 verhängte die Europäische Union ein Reiseverbot gegen den Huthi-Führer Abdulmalik Al-Houthi und den Sohn des ehemaligen Präsidenten, Ahmed Ali Abdullah Saleh, deren Vermögen eingefroren wurden, weil sie den Frieden und die Stabilität im Jemen untergraben.<sup>9</sup>

Im November 2020 kündigte die US-Regierung an, dass sie die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Jemen noch vor Januar 2021 als Terrororganisation einstufen werde.<sup>10</sup>

Im selben Monat gab Saudi-Arabien bekannt, dem Aufruf der Vereinten Nationen zur Waffenruhe unter der Bedingung zu folgen, dass die Huthis strengere Sicherheitsmaßnahmen zustimmen. Unter anderem forderte das Nachbarland die „Einrichtung einer Pufferzone entlang der Grenzen zu Nordjemen, bis eine von den Vereinten Nationen gestützte Übergangsregierung gebildet ist“.<sup>11</sup>

Der fortdauernde Krieg zwischen der von Saudi-Arabien geführten Koalition und den von Iran unterstützten Huthi-Rebellen hat eine erhebliche humanitäre Krise ausgelöst, die unter anderem zu einem Choleraausbruch führte. Die Weltgesundheitsorganisation zählte von Januar 2018 bis Mai 2020 1.371.819 Cholera-Verdachtsfälle bei einer Sterberate von 0,1 Prozent.<sup>12</sup>

Religiöse Minderheiten wie Bahai, Christen, Hindus und Juden berichten, dass sie vor allem in den von den Huthis kontrollierten Gebieten zunehmend Aggressionen ausgesetzt sind. Die Rebellen haben zahlreiche Bahai festgesetzt und ihre Häuser und religiösen Einrichtungen überfallen. Die Juden, die abseits des Islams die einzige andere Glaubensgemeinschaft jemenitischen Ursprungs bilden, sehen sich zunehmenden antisemitischen Tendenzen ausgesetzt. Unter anderem wurden antisemitische Schriften verbreitet, Zwangskonvertierungen zum Islam

versucht und Straßen gesperrt, die zu jüdischen Gemeinden führen. Auch ismailitische Muslime werden nach wie vor diskriminiert.<sup>13</sup>

Die international anerkannte Regierung des Jemen wurde durch die Machtübernahme der Huthis so sehr geschwächt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Nach Angaben der Stelle für internationale Religionsfreiheit im US-Außenministerium sind verschiedene Gruppen dafür verantwortlich, dass immer wieder Menschen getötet oder entführt werden, einfach verschwinden oder Opfer sonstiger Gewalttaten werden.<sup>14</sup> Der Bericht führt zudem Verstöße gegen die Persönlichkeitsrechte und gegen das Recht auf Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Religions- und Bewegungsfreiheit auf.

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im September 2018 wurden in der von den Huthis kontrollierten Stadt Sanaa mehr als 20 Bahai wegen Spionage und Apostasie vor Gericht gestellt. Nach Angaben der Internationalen Bahai-Gemeinde (BIC) wurde die zweite Gerichtsverhandlung unter dem Vorsitz des Richters Abdu Ismail Hassan Rajeh geführt, der bereits in einem anderen Fall einen Bahai zum Tode verurteilt hatte. In dem Verfahren wies er den Staatsanwalt an, die Namen der Angeklagten in einer Zeitung zu veröffentlichen. Im Oktober wurde Abdullah Al-Olofi, ein führender Vertreter der Bahai, von Soldaten in Sanaa festgenommen<sup>15</sup> und drei Tage lang eingesperrt.<sup>16</sup>

Ende November 2018 wurden die Huthis als Entities of Particular Concern klassifiziert, d. h. sie wurden auf der Grundlage des Gesetzes über die Internationale Religionsfreiheit von 1998 vom US-Außenministerium in die Liste der besonders besorgniserregenden Organisationen aufgenommen.<sup>17</sup>

An den Universitäten wurde ein Pflichtkurs mit der Bezeichnung „Der Arabisch-Israelische Konflikt“ eingeführt. In den Lehrmaterialien werden die Hisbollah und ihr Führer Hassan Nasrallah wegen ihres Kampfes gegen Israel verherrlicht und die sunnitisch dominierten Länder als Söldner bezeichnet.<sup>18</sup>

Im Januar 2019 berichtete die Nachrichtenplattform Middle East Monitor, dass die Terrorgruppe Islamischer Staat vier Menschen hingerichtet habe, weil sie Atheisten wa-

ren.<sup>19</sup>

Im Februar 2019 kritisierte ein Nachrichtenorgan der al-Shahab Media Foundation, die der Al-Qaida nahesteht, dass Papst Franziskus in Abu Dhabi einen Gottesdienst gefeiert hat. In dem Beitrag wurde die arabische Halbinsel zum Dschihad aufgerufen und aufgefordert, Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel und Al-Shabab in Somalia zu unterstützen.<sup>20</sup>

Im Januar 2020 prangerte ein diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhls vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die aussichtslose Situation der Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge im Jemen an.<sup>21</sup>

Huthis schürten mit antisemitischer Hetze wiederholt Gewalt gegen Juden. Im Mai 2020 erklärte der Huthi-Führer Abdulmalik Al-Houthi: „Die Juden arbeiten darauf hin, dass die Nation auf den falschen Weg gerät.“<sup>22</sup> In den von den Huthis kontrollierten Gebieten müssen Juden ständig um Leib und Leben fürchten und mit schwerwiegenden Einschränkungen leben. Insbesondere wird ihre Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt.

Im Juli 2020 kamen Hamed Kamal Muhammad bin Haydara und fünf weitere Gläubige der Bahai-Gemeinde aus dem Gefängnis frei und wurden des Landes verwiesen. Haydara war im Dezember 2013 festgenommen und später zum Tode verurteilt worden. Er wird unter anderem beschuldigt, für Israel spioniert und Alphabetisierungskurse angeboten zu haben, die nicht mit der Lehre des Islams in Einklang standen. Außerdem habe er versucht, Muslime zum Bahaitum zu bekehren.<sup>23</sup> Das gegen ihn gesprochene Urteil wurde im März 2020 durch ein weiteres Gericht bestätigt und die Anschuldigungen gegen die Bahai haben immer noch Bestand. Im September 2019 hatte der Staatsanwalt im Berufungsverfahren gegen Haydara die „unverzügliche Abschiebung aller Personen, die als Bahai gelten“ und die Verhängung eines Rückreiseverbots gegen sie gefordert.<sup>24</sup>

Das Expertengremium für Jemen, das der Hohe Kommissar für Menschenrechte im September 2017 auf Bitten des UN-Menschenrechtsrats eingerichtet hat,<sup>25</sup> erfuhr aus glaubwürdiger Quelle, dass die Rechtsanwälte, die die Bahai vor Gericht vertreten hatten, Drohungen erhielten und verhaftet wurden.<sup>26</sup>

Nachdem sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel normalisiert hatten, wanderten im Sommer 2020 etwa 40 jemenitische Juden in

die Vereinigten Arabischen Emirate aus.<sup>27</sup> Weil ihre Gemeinschaft im Jemen immer kleiner wird und wegen des andauernden Bürgerkrieges werden die Lebensbedingungen für Juden dort immer schwieriger.

Nach gleichlautenden Medienberichten gehen jemenitische Juden lieber in ein Land mit ähnlichem kulturellen Hintergrund als nach Israel oder in die Vereinigten Staaten, weil sie dort Anpassungsschwierigkeiten befürchten.<sup>28</sup> Wenn sich die Auswanderungswelle fortsetzt, wird es nach dreitausendjähriger Präsenz auf jemenitischem Gebiet bald keine Juden mehr dort geben.

Es gibt kaum Informationen darüber, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Ausübung des Glaubens ausgewirkt hat. Aber zu Beginn des Ramadans 2020 scheint es keinerlei Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie gegeben zu haben.<sup>29</sup> Als die Fallzahlen zunahm, wurden aber schließlich Maßnahmen ergriffen.<sup>30</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die Menschen im Jemen leben aufgrund des andauernden Bürgerkriegs in großer Gefahr. Der Zerfall der jemenitischen Gesellschaft schreitet weiter voran. Aufgrund der langen Dauer und der Intensität der bewaffneten Auseinandersetzungen ist ein Dialog auf nationaler Ebene kaum mehr möglich. Radikale islamistische Gruppen unterschiedlicher Herkunft und ideologischer Ausprägung nutzen die unsichere soziale und politische Lage aus, um Jemen zu einem Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten zu machen. Die anhaltenden Kämpfe und Spannungen sind nach wie vor besorgniserregend und haben insbesondere Auswirkungen auf die Menschenrechte und auf Freiheitsrechte wie die Religionsfreiheit.

Bei Redaktionsschluss schien sich Saudi-Arabien durch einen möglichen Politikwechsel der neuen US-Regierung dazu ermutigt zu fühlen, eine friedliche Einigung mit den von Iran unterstützten Huthi-Rebellen anzustreben. Der angebotene Waffenstillstand war ein erster Schritt.

Doch auch wenn die Konfliktparteien zu einer stabilen Einigung kommen, wird sich in Anbetracht der Umstände, insbesondere aufgrund der massiven Verschlechterung der Situation der zahlreichen Binnenflüchtlinge,<sup>31</sup> die Lage der Religionsfreiheit in absehbarer Zeit kaum verbessern, sondern wohl eher verschlechtern.

## ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 The Constitution of the Republic of Yemen, RefWorld - UNHCR, <https://www.refworld.org/pdfid/3fc4c1e94.pdf> (abgerufen am 8. November 2020).
- 2 Office of International Religious Freedom, „Yemen“, 2019 International Religious Freedom Report, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/yemen/> (abgerufen am 12. November 2020).
- 3 Ibid.
- 4 Ibid.
- 5 Ibid.
- 6 Stephen Day, „Yemen postpones its April 2009 parliamentary elections“, Middle East Institute, 2. Juni 2009, <http://www.mei.edu/content/yemen-postpones-its-april-2009-parliamentary-elections> (abgerufen am 12. November 2020).
- 7 Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, „Yemen“, 2019 Country Reports on Human Rights Practices, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-country-reports-on-human-rights-practices/yemen/> (abgerufen am 12. November 2020).
- 8 „Saudi Arabian-led intervention in Yemen“, Wikipedia, [https://en.wikipedia.org/wiki/Saudi\\_Arabian-led\\_intervention\\_in\\_Yemen](https://en.wikipedia.org/wiki/Saudi_Arabian-led_intervention_in_Yemen) (abgerufen am 8. November 2020).
- 9 „Yemen: EU implements UN sanctions against Houthi leader and son of ex-President Saleh“, Europäischer Rat – Rat der Europäischen Union, 8. Juni 2015, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/06/08/yemen-un-sanctions/> (abgerufen am 15. November 2020).
- 10 Colum Lynch, Robbie Gramer und Jack Detsch, „Trump administration plans to designate Yemen’s Houthis as Terrorists“, Foreign Policy, 16. November 2020, [https://foreignpolicy.com/2020/11/16/trump-administration-plans-designate-houthis-terrorists-yemen/?utm\\_source=itable&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=1726020](https://foreignpolicy.com/2020/11/16/trump-administration-plans-designate-houthis-terrorists-yemen/?utm_source=itable&utm_medium=email&utm_campaign=1726020) (abgerufen am 18. November 2020).
- 11 Aziz El Yaakoubi, „Saudis seek buffer zone with Yemen in return for ceasefire“, Reuters, 17. November 2020, <https://uk.reuters.com/article/yemen-security-saudi-usa-int/saudis-seek-buffer-zone-with-yemen-in-return-for-ceasefire-sources-idUSKBN27X20B> (abgerufen am 18. November 2020).
- 12 „Cholera epidemic in Yemen: 2020 update“, Global Alliance Against Cholera And other Water borne diseases, 28. Juli 2020, <https://www.choleraalliance.org/en/ressources/news/cholera-epidemic-yemen-2020-update> (abgerufen am 18. November 2020).
- 13 April Artrip, „State Department: Yemen Faces Obstacles To Religious Freedom“, The Yemen Peace Project, 21. August 2017, <https://www.yemenpeaceproject.org/blog-x/2017/8/21/state-department-yemen-faces-obstacles-to-religious-freedom> (abgerufen am 15. November 2020).
- 14 Office of International Religious Freedom (2019), op. cit.
- 15 „Member of Baha’i community arrested in Yemen“, Bahá’i International Community, 12. Oktober 2018, <https://www.bic.org/news/member-bahai-community-arrested-yemen> (abgerufen am 8. November 2020).
- 16 „Withering life. Human Rights situation in Yemen – 2018“, Mwatana for Human Rights, Juli 2019, S. 104, [https://www.fidh.org/IMG/pdf/withering\\_life\\_compressed.pdf](https://www.fidh.org/IMG/pdf/withering_life_compressed.pdf) (abgerufen am 18. November 2020).
- 17 „Secretary of State’s Determination Under the International Religious Freedom Act of 1998 and Frank R. Wolf International Religious Freedom Act of 2016“, Federal Register – The Daily Journal of the United States Government, 21. Dezember 2018, <https://www.federalregister.gov/documents/2018/12/21/2018-27632/secretary-of-states-determination-under-the-international-religious-freedom-act-of-1998-and-frank-r> (abgerufen am 15. November 2020).
- 18 Office of International Religious Freedom, „Yemen“, 2018 International Religious Freedom Report, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2018-report-on-international-religious-freedom/yemen/> (abgerufen am 15. November 2020); Mohammed Ali, „Houthis hijack education in Yemen“, Arab News, 3. Mai 2018, <https://www.arabnews.com/node/1295651/middle-east> (abgerufen am 15. November 2020).
- 19 „Daesh executes 4 in Yemen on charges of ‘atheism’“, Middle East Monitor, 10. Januar 2019, <https://www.middleeastmonitor.com/20190110-daesh-executes-4-in-yemen-on-charges-of-atheism/> (abgerufen am 15. November 2020).
- 20 „Gulf of Aden Security Review“, Critical Threats, 11. Februar 2019, [https://www.criticalthreats.org/briefs/gulf-of-aden-security-review/gulf-of-aden-security-review-february-11-2019#\\_ftn1](https://www.criticalthreats.org/briefs/gulf-of-aden-security-review/gulf-of-aden-security-review-february-11-2019#_ftn1) (abgerufen am 14. November 2020).
- 21 Courtney Mares, „Yemen war: A look at a ‘serious humanitarian crisis’“, Catholic News Agency, 19. Februar 2020, <https://www.catholicnewsagency.com/news/yemen-war-a-look-at-a-serious-humanitarian-crisis-25491> (abgerufen am 29. November 2020).
- 22 „Situation of human rights in Yemen, including violations and abuses since September 2014“, Menschenrechtsrat, 29. September 2020, S. 77, <https://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/GEE-Yemen/A-HRC-45-CRP.7-en.pdf> (abgerufen am 15. November 2020).
- 23 „Hamid Kamal Mohammad bin Haydara“, United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), <https://www.uscirf.gov/religious-prisoners-conscience/released-rpocs/hamid-kamal-mohammad-bin-haydara> (abgerufen am 15. November 2020).
- 24 „Court case in Sana’a escalates targeting all Baha’is in Yemen“, Bahá’i International Community, 10. Oktober 2019, <https://www.bic.org/news/court-case-sanaa-escalates-targeting-all-bahais-yemen> (abgerufen am 15. November 2020).
- 25 „Group of Eminent Experts on Yemen“, Vereinte Nationen – Menschenrechtsrat, <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/YemenGEE/Pages/Index.aspx> (abgerufen am 16. November 2020).
- 26 „Situation of human rights in Yemen, including violations and abuses since September 2014“, Menschenrechtsrat, 28. September 2020, S. 78, <https://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/GEE-Yemen/A-HRC-45-CRP.7-en.pdf> (abgerufen am 15. November 2020).
- 27 Tzvi Joffe, „Yemen’s remaining Jews to be transferred to UAE – report“, The Jerusalem Post, 16. August 2020, <https://www.jpost.com/diaspora/yemens-remaining-jews-to-be-transferred-to-uae-report-638831> (abgerufen am 16. November 2020).
- 28 Ibid.
- 29 „Coronavirus: Spared by the pandemic, Yemenis enjoy an unexpectedly normal Ramadan“, Middle East Eye, 26. April 2020, <https://www.middleeasteye.net/news/coronavirus-yemen-spared-pandemic-unexpectedly-normal-ramadan> (abgerufen am 15. November 2020).
- 30 Saeed Al-Batati, „Aden in 3-day lockdown as Yemen reports new coronavirus cases, deaths“, Arab News, 1. Mai 2020, <https://www.arabnews.com/node/1667466/middle-east> (abgerufen am 16. November 2020).
- 31 Dale Gavlak, „Update: Aid agencies warn of Yemen’s health care collapse, famine risk“, Catholic News Service, 19. Juni 2020, <https://www.catholicnews.com/update-aid-agencies-warn-of-yemens-health-care-collapse-famine-risk/> (abgerufen am 29. November 2020).